

## **Rede von Antje Jansen zu TOPs 18, 28, 40 und 42**

87/2012

Es gilt das gesprochene Wort.

Kiel, 23. März 2012

### **Antje Jansen zur Herstellung von Lohngerechtigkeit: „Weg frei für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit!“**

„Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

Heute wird weltweit der Equal Pay Day begangen. Bis zum heutigen Tag im Jahre 2012 müssen Frauen theoretisch um den Männerlohn von 2011 einzuholen. Entgeltdiskriminierung von Frauen ist brandaktuell. In Europa, in der Bundesrepublik und damit auch hier in Schleswig-Holstein.

Seit Jahren verdienen Frauen in Deutschland durchschnittlich rund 23 Prozent weniger als Männer. In den 34 Industriestaaten, die sich in der OECD zusammengeschlossen haben, liegt die Differenz im Schnitt bei 16 Prozent. In Norwegen bekommen Frauen lediglich 8,4 Prozent und in Belgien 8,9 Prozent weniger Gehalt als die Männer. Damit sind wir eines der Schlusslichter im europaweiten Vergleich.

Es ist ein bitterer Fakt, dass Frauen noch immer materiell schlechter gestellt sind, als ihre männlichen Kollegen. Frauen sind mit nur einem Prozent in den 100 größten deutschen Unternehmen vertreten, der Frauenanteil in Politik und Wirtschaft liegt bei unter 10 Prozent. Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat nur eine Ministerin in ihrem Reihen.

Frauen bilden mit 65 Prozent die größte Gruppe im Niedriglohnbereich und unglaubliche 41 Prozent der vollzeitbeschäftigten Frauen arbeiten in Schleswig-Holstein für Niedriglöhne.

Die Verdienstlücke hat leider vielfältige Gründe: Frauen sind in niedrigen Hierarchiestufen beschäftigt, unterbrechen ihre Berufstätigkeit häufiger, arbeiten in Teilzeit usw. Diese strukturelle Diskriminierung besteht auch deshalb, weil es einen Mangel an Kinderbetreuung oder Pflege und der immer noch ungleichen Verteilung von Hausarbeit zwischen Frauen und Männern.

Wir leben im 21. Jahrhundert.

Im Jahre 1966 hieß es: ‚Pflegerin und Trösterin sollte die Frau sein, Sinnbild bescheidener Harmonie, Ordnungsfaktor in der einzig verlässlichen Welt des Privaten, Erwerbstätigkeit und gesellschaftliches Engagement sollte die Frau nur eingehen, wenn es die familiären Anforderungen zulassen.‘

Diese Zeiten sind vorbei, dennoch sagt eine UN-Schrift: ‚In keiner Gesellschaft stehen Frauen die gleichen Möglichkeiten offen, wie den Männern.‘ Und genau aus diesen Gründen ist und bleibt Gender- bzw. Frauenpolitik ein wichtiges Anliegen für DIE LINKE.

Entgeltgleichheit, Abschaffung des Ehegattensplitting, Bekämpfung von Altersarmut, der Ausbau einer gebührenfreien, flächendeckenden, öffentlichen Kinderbetreuung müssen unser Ziel sein, also das Renten-, Steuer-, Sozial- und Familienrecht müssen endlich so gestaltet werden, dass für Frauenbenachteiligung kein Platz mehr ist.

Wir setzen uns für die ökonomische und soziale Eigenständigkeit von Frauen ein. Sie, meine Damen und Herren, die Politikerinnen und Politiker stehen in der Verantwortung, Rahmenbedingungen zu schaffen, diese Forderung zu erfüllen.

Lohngerechtigkeit war doch schon eine zentrale Forderung der Frauen, die vor mehr als hundert Jahren den Frauentag ins Leben gerufen haben. Von Politik und Wirtschaft gab es von jeher und gibt es immer noch nur Lippenbekenntnisse.

Arbeitsplätze, die überwiegend von Frauen bekleidet werden, werden weniger wertgeschätzt. Die Verantwortung von einer Erzeierhin für eine Gruppe Kinder wird geringer geschätzt als die eines Forstarbeiters für seinen Wald. Aber damit muss Schluss sein!

Deswegen fordern wir in unserem Antrag „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ die Landesregierung auf, verbindliche Maßnahmen zur Herstellung der Entgeltgleichheit vorzunehmen und sich auf Bundesebene für gesetzliche Regelungen zur Entgeltgleichheit einzusetzen.

Wir fordern von der Landesregierung, in landeseigenen Unternehmen und in der Verwaltung einen eg-Check zu starten. Dadurch sollen die vielfältigen Mechanismen, die zur Entgeltdiskriminierung von Frauen führen, erfasst werden. Denn das ist ein erster wichtiger Schritt, um diese Diskriminierung abzuschaffen. Nur wenn aus den Sonntagsreden konkrete Maßnahmen erwachsen, kann die enorme Gerechtigkeitslücke geschlossen werden.

Voraussetzungen auch für eine gerechte Bezahlung sind der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn von 10 Euro, die Beendigung der geringfügigen Beschäftigung und die Umwandlung von Mini-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Wir brauchen eine familienfreundliche Arbeitswelt und eine Neubewertung von Arbeit.

Schleswig-Holstein ist mittlerweile das Bundesland in Deutschland mit den meisten Niedriglohnbeschäftigten. Dabei ist ein Mindestlohn von mindestens 10 Euro dringend erforderlich. Genauso würde auch eine Quote die Ballung der Frauen am unteren Ende der Lohnskala verringern.

Wir, DIE LINKE, solidarisieren uns mit der Gewerkschaft ver.di, den Frauenverbänden und allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern, die heute vor dem Kieler Landeshaus für gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit demonstrieren werden.

Die Politik steht in der Verantwortung, Rahmenbedingungen zu schaffen um Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern zu erreichen. Vielen Dank!“